

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christine Ostrowski, Dr. Evelyn Kenzler, Dr. Uwe-Jens Rössel und der Fraktion der PDS

Zu den Ergebnissen und Auswirkungen des Wohnraummodernisierungssicherungsgesetzes

Seit Juli 1997 gilt das Wohnraummodernisierungssicherungsgesetz (WoModSiG), das die Sanierung und Instandsetzung von restitutionsbehafteten Häusern erleichtern sollte.

Wir fragen Bundesregierung:

1. Liegen der Bundesregierung Ergebnisse zu den Auswirkungen des WoModSiG nach über einjähriger Geltung vor?
2. In welchen Fällen führt nach Auffassung der Bundesregierung die Anwendung des WoModSiG zur Beschleunigung der Verfahren?
3. Trifft nach Auffassung der Bundesregierung die Feststellung von Wohnungsgesellschaften im Osten des Landes zu, wonach sie durch die Änderung des § 3 Abs. 1 Satz 4 ff. Vermögensgesetz („doppelter Durchgriff“) bei noch ungeklärten Eigentumsverhältnissen langfristigen Verfügungssperren unterliegen und damit die Investitionstätigkeit eingeschränkt und behindert wird?
4. Wenn ja, gibt es aus Sicht der Bundesregierung aus diesem Grund Novellierungsbedarf?

Bonn, den 3. Dezember 1998

Christine Ostrowski

Dr. Evelyn Kenzler

Dr. Uwe-Jens Rössel

Dr. Gregor Gysi und Fraktion